Rechtsruck - nur ein sächsisches Problem?

Jaqueline Katharina Singh

Nazis, die Ausländer_Innen jagen - oder auch jene, die nicht in ihr Bild des "guten Deutschen" passen. Neu ist das für jene, die in Sachsen linke Politik zu machen versuchen, nicht. Messerangriffe, Morddrohungen, Aktivist_Innen, die nach dem Versuch, Nazis zu blockieren, von bewaffneten Faschist_Innen aus dem Bahnhof gejagt werden - all das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Erfahrungen der letzten 3 Jahre.

Die rassistische Gewalt von Chemnitz ist leider nicht so neu, wie es in den bürgerlichen Medien mitunter erscheint. Ein Mitglied der Linksjugend erlitt bei einem rechten Angriff am 31. Dezember 2016 einen Basisschädelbruch; nach der Silvesternacht in Köln versuchten Rechte Bürgerwehren aufzustellen. Nazis und Rassist_Innen haben auch schon früher Selbstjustiz an Geflüchteten verübt. In Cottbus liefen Rechte mit Ku-Klux-Klan-Kapuzen herum. Neu an Chemnitz – und damit ein weitere tragischer Höhepunkt rassistischer Mobilisierungen – ist die Tatsache, dass die Nazis einen Mob von Tausenden in kürzester Zeit mobilisieren konnten.

Tal der Ahnungslosen

Liest man die bürgerliche Presse, so entsteht mitunter das Bild von einem einzigen Bundesland, das sich widerspenstig weigert, die Werte der Demokratie anzuerkennen. Medien und Politiker_Innen verweisen auf einen wütenden Mob, der in Freital, Heidenau, Bautzen, Wurzen und nun auch in Chemnitz Selbstjustiz verübt und Geflüchtete sowie Linke jagt, als lokale Besonderheit. Das ist in einem Land, dessen Bundesregierung ansonsten wenig Skrupel kennt, Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen, noch nicht salonfähig.

So scheint es, als ob das Ganze ein ganz spezifisches Problematik sei, die man unter dem Namen "sächsisches Problem" zusammenfasst. Sachsen, das Land der Nazis, das deutsche Ungarn, das Bundesland der Abgehängten – man hat viele Namen für die Situation, doch wenig Erklärungen. Aber kann man so etwas überhaupt erklären?

Sachsen - Ausdruck und Ausblick zugleich

Festzuhalten ist eines: Das "sächsische Problem" ist kein isoliertes Problem eines einzelnen Bundeslandes. Es ist Ausdruck einer bundesweiten und internationalen Entwicklung – des internationalen Rechtsrucks. Dieser schlägt sich aufgrund der ökonomischen Lage, der gezielten Aufbaupolitik der Rechten und der Schwäche der Linken besonders in dieser Region nieder – und ist in gewisser Weise ein Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, wenn wir keinen Widerstand aufbauen können.

Denn seit mehreren Jahren können wir einen Rechtsruck in Deutschland beobachten. Ab 2014 ist die Anzahl der rechten Gewalttaten gestiegen, also Übergriffe auf Geflüchtete, ihre Unterkünfte, sowie auch auf Linke und ihre Strukturen. Daneben gab es einen Anstieg an rechten Mobilisierungen, und rassistische und extrem nationalistische Positionen sind mit dem Anstieg der Popularität der AfD salonfähig geworden.

Dies zu verstehen ist wichtig, denn betrachtet man die Hetzjagden etc. unabhängig von der gesamten Entwicklung, kann man sie nicht verstehen - und nicht bekämpfen.

Feuerwehrpolitik oder Sozialarbeit?

Kurzfristige und rasche Gegenproteste gegen die Ausschreitungen sind wichtig. Sie zeigen auf, dass diese Vorfälle nicht stumm hingenommen werden und es immer noch Menschen gibt, die bereit sind, sich den Rechten zu stellen. Doch mit welcher weiterführenden Perspektive sind diese Proteste verknüpft? Mit keiner – und das ist ein zentrales Problem.

Die PEGIDA-Gegenproteste verdeutlichen diese traurige und besorgniserregende Tatsache. Während sie anfangs viele Menschen mobilisierten, sind es im Laufe der Zeit immer weniger geworden. Einen traurigen Höhepunkt der Schwäche markierte der Zeitraum, als sich weniger als 50 Aktivist_Innen gegen tausende Nazis und "besorgte" Bürger_Innen

stellten.

Ein anderer Irrweg besteht darin, Rassismus und Faschismus als bloßes Konstrukt in den Köpfen von Menschen zu betrachten, also als reines Bildungsproblem. Denn das verkennt, dass es gesellschaftliche Ursachen für den Rassismus gibt und dieser weit mehr ist, als nur die Angst vor Fremden aufgrund eines beschränkten Weltbildes. Im Kapitalismus dient Rassismus zur Spaltung der Arbeiter_Innenklasse. In Krisenperioden verschärft sich die Konkurrenz. Der Rassismus dient als Mittel, die vom Abstieg bedrohten Schichten des Kleinbürger_Innentums und auch Teile der Arbeiter_Innenklasse gegen Migrant_Innen und Geflüchtete in Stellung zu bringen – ihnen eine reaktionäre Erklärung und "Lösung" ihrer Probleme zu liefern. Wenn es die Linke und die Arbeiter_Innenbewegung nicht schaffen, ihrerseits eine fortschrittliche Alternative zu präsentieren, gegen Rassismus und soziale Angriffe zu kämpfen, dann droht uns der Rassismus wie ein Lawine zu überrollen.

Doch es gibt nicht nur kleinbürgerliche und reaktionäre Rechte. Es gibt auch eine andere Schicht von Menschen, die ein objektives Interesse hat, diese Spaltung zu vertiefen und zu nutzen, um ihre Profite zu steigern, nämlich die herrschende Klasse.

Was braucht es wirklich?

Es bedarf es auch einer antirassistischen Bewegung der Organisationen der Arbeiter_Innenklasse. Möchte die SPD wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen, dann sollte sie nicht im Sommerloch leere Worte über Hartz-IV- Sanktionen oder das Rentenniveau schwingen, sondern offen Stellung beziehen, gegen Abschiebungen stimmen und ihre Mitgliedschaft dazu aufrufen, sich an antirassistischen Protesten zu beteiligen.

Gleiches gilt für die Linkspartei. Statt sich nur an "#aufzustehen" abzuarbeiten, müsste die Partei auch etwas tun und für offene Grenzen eintreten, Staatsbürger_Innenrechte für alle fordern und für Selbstverteidigungsstrukturen kämpfen. Die Linkspartei sollte aktuell antirassistische Proteste initiieren und zusammen mit den Gewerkschaften mobilisieren. Denn nur wer klar Stellung bezieht und Kämpfe, wie die gegen die Polizeiaufgabengesetze oder für bessere Arbeitsbedingungen mit

Antirassismus verbindet, kann in der aktuellen Situation die Kräfteverhältnisse verändern.

Ein erster Schritt, dem "sächsischen Problem" entgegenzutreten und eine antirassistische Bewegung aufzubauen, wäre es, das Problem nicht zu ignorieren. Antirassische Konferenzen und Proteste in Berlin oder Hamburg sind gut und schön. Dass Großmobilisierungen - wenn überhaupt - nur solchen Großstädten realistisch erscheinen, ist aber auch ein Zeichen der Schwäche. Dabei hätten bundesweite Mobilisierungen nach Sachsen mehrere Effekte. Zum einen würden sich die Aktivist Innen und MigrantInnen vor Ort nicht permanent allein gelassen und in der Defensive fühlen. Zum anderen könnten sie diese Mobilisierungen nutzen, um einen elementaren Schritt für den Aufbau einer antirassistischen Bewegung zu tätigen: Basisarbeit an den Orten, an denen man sich tagtäglich bewegen muss, also an Schulen, Universitäten und in Betrieben. Wer schon aus einer Schwächeposition mobilisiert, hat wenig Kraft dafür, den Kampf gegen Rassismus mit dem gegen steigende Mieten, schlechte Infrastruktur oder zu wenig Lohn zu verbinden. Doch bundesweite Solidarität kann auch deutlich machen, dass AntifaschistInnen in Sachsen nicht allein dastehen.

Der Kampf gegen Aufmärsche und Strukturen wie in Chemnitz ist eine Aufgabe, die uns alle angeht.

Schulstreiks überall -Wie kann es weiter gehen?

Jaqueline Katherina Singh

Am 21. Juni sind in Berlin 400 Schüler_Innen auf die Straße gegangen, um gegen die drohende Schulprivatisierung zu demonstrieren, die der Berliner Senat hinter verschlossenen Türen plant. Heute, am 22. Juni, gehen in Nürnberg, Kassel, Dresden, Würzburg und 3 weiteren Städten Jugendliche

auf die Straße, um gegen Abschiebungen zu demonstrieren – auf Initiative des Bündnisses "Jugendaktion Bildung gegen Abschiebung". Zuvor haben in München Schüler_Innen gegen das neue Polizeiaufgabengesetz gestreikt. Dort haben rund 2000 Jugendliche gezeigt, dass sie die Verschärfung der Repression aufhalten wollen. Doch was folgt aus diesen zahlreichen Protesten?

Potenzial bündeln

In den letzten Jahren haben wir in Deutschland und sonst wo auf der Welt einen Rechtsruck erlebt. Der früher als rechter Rand betitelte Teil der Gesellschaft ist mittlerweile im Alltag aufzufinden. Die AfD hetzt im Bundestag und nebenbei erlässt die Regierung die rassistischen Gesetze und versucht immer mehr und mehr Geflüchtete in Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit abzuschieben. Aber der Rechtsruck bedeutet nicht nur, dass der Rassismus im Alltag immer mehr Gestalt annimmt. Er hat auch andere Formen: Ein Jahr nach dem G20-Gipfel im Hamburg sehen wir eine Zunahme von Repression und Gesetzesverschärfungen. Denn nicht nur in Bayern ist ein neues Polizeiaufgabengesetz geplant – auch in Sachsen und Nordrhein-Westfalen will man die Rechte der Polizei ausweiten. Zusätzlich können wir beobachten, wie der Etat für innere Sicherheit und die Bundeswehr massiv angehoben wurde und beispielsweise in Bayern die Polizei unter dem Namen "Baytex18" muntere Krisenübungen zusammen mit Soldaten der Bundeswehr macht.

Während in diesem Bereich mehr Geld ausgegeben wird, lesen wir zeitgleich in den Nachrichten von der "Schwarzen Null", Bundeshaushalt, bei dem die Ausgaben die Einahmen nicht übersteigen sollen. Um diese Ziel zu erreichen, muss gespart werden, wenn die Ausgaben für innere Sicherheit und Militär massiven ansteigen – und zwar an der Gesundheit, an Bildung, beim Öffentlichen Dienst, der Infrastruktur. Ab 2019 tritt zusätzlich die sog. "Schuldenbremse" in Kraft", die die "schwarze Null" allen Ländern und Kommunen vorschreibt. Diese trifft vor allem jene Gemeinden und Länder, die ohnedies schon verschuldet sind oder deren Bevölkerung arm ist, also auch weniger Steuern zahlen kann/muss. Daher können sie wenig oder nichts

investieren, müssen weiter an Infrastruktur, kommunalen Einrichtungen, Schulen, Jugendzentren, Freizeiteinrichtungen sparen – oder diese an Investoren verscherbeln, die nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung interessiert sind, sondern an ihren Profiten.

Wir sehen: Es gibt viel, was falsch läuft. Doch während der Großteil der Gesellschaft mittlerweile darin versinkt zu diskutieren, ob man nicht am besten gleiche alle Geflüchteten, die hier ankommt abschiebt und wie viele Menschen man im Mittelmeer ertrinken lässt, gibt es auch jene, die etwas verändern wollen. Die Jugendlichen, die gegen die Privatisierung der Schulen, das Polizeiaufgabengesetz und vor allem gegen Rassismus auf die Straße gegangen sind, wollen aktiv werden. Sie alle sind unzufrieden mit der aktuellen Situation und wollen dies nicht stillschweigend hinnehmen. Deswegen gilt es, dieses Potenzial zu bündeln – die Frage ist nur wie?

Wie?

Es bedarf einer klaren Perspektive. Es muss heißen: Wir belassen es nicht bei einer Aktion, sondern wir wollen unseren Protest ausweiten. Wir wollen größer werden und mehr Jugendliche ansprechen. Daher sollten wir weiter aufeinander positiv Bezug zu nehmen, die verschiedenen Aktionen bekannt machen, so dass die Jugendlichen wissen, dass es nicht nur in "ihrer" Stadt oder an ihrer Schule Protest gibt. Doch wir müssen auch weiter gehen und die Aktivist_Innen aus den unterschiedlichen Städten miteinander vernetzen. Dazu müssen wir uns treffen und gemeinsam diskutieren, wie wir die unterschiedlichen Kämpfe miteinander verbinden können, wann wir eine neue Aktion planen wollen und welche Forderungen wir ins Zentrum stellen wollen -quasi eine selbstorganisierte Aktionskonferenz. Das sind erste Schritte in die richtige Richtung, die getan werden müssen, damit es erfolgreich weitergeht. Doch damit wir wachsen, müssen wir uns fragen, was braucht es damit nicht nur Hunderte oder Tausende, sondern die Masse an Jugendliche auf die Straße gehen?

Eine Bewegung entsteht selten im luftleeren Raum. Es bedarf Menschen bzw. Organisationen, die diese bewusst mit aufbauen. Wenn wir eine Jugendbewegung aufbauen wollen, die sich gegen Rassismus, Militarismus

und Spaßmaßnahmen richtet um der Regierung Dampf zu machen, müssen sich auch andere Organisationen beteiligen. Das betrifft vor allem die Gewerkschaftsjugend, Studierendenaber auch und SchülerInnenvertretungen. Außerdem sollen wir Jugendorganisationen von MigrantInnen, antirassistische, antisexistische und andere Initiativen junger Menschen einbeziehen. Und natürlich müssen auch alle linken Jugendorganisation - seien es die Linksjugend Solid, der SDS, die SDAJ, die Falken oder auch die Jusos aufgefordert werden, aktiv gegen die Angriffe der Regierungen, der Unternehmer und der Rechten zu kämpfen und sich zu einem Aktionsbündnis zusammenzuschließen - nicht nur lokal, sondern als Bundesorganisationen. Schließlich sind die Probleme, die wir haben, nicht nur auf eine Stadt begrenzt, sondern betreffen uns überall.

Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass eine Bewegung nicht nur darauf basiert, dass man die Führungen von Organisationen zum Widerstand auffordert oder gemeinsame Aktionen verabredet. Wer Erfolg will, der muss sich auch lokal verankern und die Mobilisierung nutzen, um Basisarbeit an den Orten anzufangen, an denen wir uns bewegen müssen. Für uns Jugendliche sind das in erster Linie die Schulen, aber auch Berufsschulen, Betriebe und Universitäten. Dort müssen wir mit den Aktivist Innen, die Interesse haben, sich an der Bewegung zu beteiligen und diese aufzubauen, diskutieren und zu Aktionen durchführen. Wir von REVOLUTION treten für Aufbau von Streikund Aktionskomitees den Informationsveranstaltungen, Vollversammlungen und Widerstand organisieren. Warum? Weil auf diesem Wege auch Menschen erreicht werden, die bisher nicht politisch aktiv waren. Zusätzlich politisiert und polarisiert man an den Orten, an denen wir lernen, studieren, arbeiten oder eine Ausbildung machen müssen - und wirft Fragen im Alltag der Menschen auf.

Als REVOLUTION denken wir, dass eine Jugendbewegung notwendig ist, um gegen die aktuellen Missstände in diesem Land erfolgreich zu kämpfen. Deswegen wollen wir den Aufbau einer solchen Bewegung unterstützen und hoffen, dass dies auch andere Organisationen tun. Denn wenn wir flächendeckend gegen Abschiebungen und Rassismus, gegen die Zunahme

der Repression und gegen die Sparmaßnahmen kämpfen wollen, braucht es mehr als ein paar kleine linke Organisationen, die ein paar Kampagnen zu diesen Themen machen. In solch einer Bewegung treten wir als Organisation für Kritik- und Propagandafreiheit ein - das heißt, dass alle beteiligten Organisationen auch untereinander Kritik üben und diskutieren können sowie ihre eigenen Materialien verteilen dürfen. Daneben wollen wir in so einer Bewegung für unser Programm eintreten: Das heißt, dass wir dafür sind, nicht nur gegen Abschiebungen zu kämpfen, sondern für offene Grenzen und Staatsbürger Innenrechte für alle. Wir fordern nicht nur Abrüstung, sondern lehnen jede Finanzierung des staatlichen Gewaltmonopole, also der Polizei und Bundeswehr nach dem Motto, "Keinen Cent für Militarismus und Repression" ab. Auch sind wir nicht nur gegen die zahlreichen Sparmaßnahmen, sondern für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, die Enteignung der Wohnungsspektution, der großen Banken und Konzerne ein, für die Finanzierung unseres Gesundheits- und Bildungssystems durch Besteuerung der Reichen und Profite - unter Kontrolle der Arbeiter Innen, der Mieter Innen und der Lernenden. Dazu brauchen wir nicht nur eine breite Bewegung, sondern auch eine revolutionäre Jugendorganisation - one solution - REVOLUTION!

Aufruhr, Widerstand - Revo kennt kein ruhiges Hinterland!

Jährlich demonstrieren Nazis am 8. Mai im mecklenburgischen Demmin und legen einen Kranz nieder – natürlich nur für die "vaterländischen Patrioten" des 2. Weltkrieges. Demmin dient dabei als Symbolort, da dort sehr viele Einwohner_innen kurz vor Kriegsende aus Angst vor der Roten Armee Selbstmord begangen. Die Rechten versuchen so die Deutschen als die eigentlichen Opfer des Krieges darzustellen und das millionenfache Morden des Faschismus zu vertuschen. Ähnliches passiert auch bei dem jährlichen

Naziaufmarsch in Dresden, der an die Bombardements der Stadt durch die Alliierten erinnern sollen. Der "Trauermarsch" der Rechten, an dem rund 180 Personen teilnahmen, wurde durch mehrere Mahnwachen des Bündnisses "Demmin Nazifrei" begleitet, an denen mit Musik und Konfetti der Tag der Befreiung gefeiert wurde.

Bevor die Demonstrant_innen sich auf die Mahnwachen verteilten, gab es eine Demonstration, an der sich REVOLUTION und rund 900 weitere linke Aktivist_innen beteiligten. Gleichzeitig fanden auch mehrere Konzerte statt. Gedenken an die Befreiung muss also heißen den Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Ausbeutung hier und heute weiterzuführen!

Rede von REVOLUTION-Aktivistin bei Aufstehen gegen Rassismus-Konferenz:

Die Rede wurde auf der Aufstehen gegen Rassismus Konferenz am 24.4.2016 von unserer Genossin Jaqueline Katherina Singh in gekürzter Form gehalten, da sie ansonsten den Zeitrahmen gesprengt hätte. Trotzdem wollen wir euch die gesamte Rede nicht vorenthalten:

Als Jugend gegen Rassismus begrüßen die Initiative dieser Konferenz und freuen uns zu sehen, dass sich zahlreiche Teilnehmer_Innen hier eingefunden haben, die gemeinsam gegen Rassismus.

Anfang Januar während sich die Geflüchtetenkrise mehr und mehr zuspitzte und die Übergriffe seitens der Rechten einen neuen Höhepunkt erreicht hatten, haben sich Jugendliche aus 7 verschiedenen Städten getroffen. Wir haben darüber diskutiert, was wir der rassistischen Bewegung, die sich im letzten Jahr in Deutschland etabliert hat, entgegenstellen können.

Während Einige behaupten mögen, dass man junge Schüler und Schülerinnen, Azubis oder Studierende nicht für Politik instrumentalisieren sollte, so vergessen sie, dass auch wir Jugendlichen von Rassismus betroffen sind und unter der aufkommenden rechten Bewegung zu leiden haben. Wir wollen nicht tatenlos zu sehen, wie in unseren Heimatorten wöchentlich besorgte Bürger und Bürgerinnen auf die Straße gehen und rechtes Gedankengut sich immer mehr und mehr in der Gesellschaft breit macht. Wir wollen nicht tatenlos zu sehen, wenn unsere Mitschüler und Mitschülerinnen oder ihre Angehörigen beleidigt, angegriffen oder abgeschoben werden. Wir wollen nicht tatenlos dastehen und ins Leere reden, während die Regierung mehr und mehr Waffen exportieren, dafür sorgt dass 1000 in anderen Ländern fliehen oder sterben müssen und unsere Zukunft verkauft!

Aus diesen Gründen haben wir beschlossen, dass wir Etwas tun müssen. Die GIDA Demonstrationen haben bewiesen, dass Rassismus kein Phänomen ist, dass auf einige Orte oder Bundesländer beschränkt ist, ebenso wie die rassistische Politik der Bundesregierung der beste Beweis dafür ist. Deswegen wollen und müssen wir der bundesweiten rassistischen Bewegung eine bundesweite, linke, antirassistische entgegensetzen.

Mittels eines bundesweiten Streik- und Aktionstages unter dem Motto: Schulter an Schulter gegen Ausgrenzung, Abschiebung und Krieg! wollen wir den Grundstein legen um eine antirassistische Bewegung ins Rollen zu bringen. Innerhalb von 3 Monaten sind aus 7 Städten 16 geworden, in denen nächste Woche Mittwoch Streiks, Demonstrationen oder Kundgebungen stattfinden werden. Täglich bekommen wir Nachrichten von Jugendlichen, die alleine in ihrer Stadt sind und Interesse haben aktiv zu werden. Uns allen sollte klar sein, dass das ein Zeichen dafür ist, dass antirassistischer Widerstand eine Perspektive hat!

Aber um tatsächlich zu der Bewegung zu werden, die wir sein wollen, braucht es mehr. Mehr als einen Aktionstag – und vor allem mehr Organisationen. Uns ist ganz genau bewusst, dass wir nur zusammen mit anderen, größeren Organisationen, die das Interesse der Lohnabhängigen vertreten, unser Ziel realisieren können. Und aus dem Grund sind wir hier zu dieser Konferenz gekommen.

Zum Einen würden wir uns freuen, wenn eben diese Organisationen unsere Aktion am 27. April unterstützen. Wir freuen uns sagen zu können, dass in einigen Städten sich einzelne Ortgruppen der Jusos, der DGB Jugend und der linksjugend solid sich an unseren Aktionen beteiligen.

Zum Anderen hoffen wir darauf, dass wir von dieser Konferenz gehen können mit der Gewissheit, dass es eine Aktion geben wird, zu der wir alle gemeinsam mobilisieren können an Schulen, Universitäten und Betrieben!

Zum Schluss möchte ich noch Eines anbringen: Aus den Erfahrungen der Berliner Schulstreiks und der Bildungsstreikproteste können wir Folgendes lernen. Klare Forderungen schrecken diejenigen auf die es ankommt nicht ab. Die Wahlverluste der etablierten Parteien sind unteranderem dadurch zu erklären, dass sie in der aktuellen Situation keinen klaren Gegenpol zu den Rechten und der AfD bilden und eine klare antirassistische Perspektive bieten.

Wer aber Erfolg haben will muss genau dies tun! Wer erfolgreich gegen Rassismus aufstehen und kämpfen will MUSS unumgänglich die soziale Frage aufwerfen. Denn wer dezentrale Unterbringung von Geflüchteten fordert, muss auch aufzeigen, wie das realisiert werden soll. Nämlich durch den Ausbau vom sozialen Wohnungsbau und der Nutzung von leerstehenden Gebäuden oder Spekulationsobjekten. Wer nicht will, dass die Beschäftigten Angst vor den Geflüchteten haben und mit bei den besorgten Bürgern laufen, der muss die Geflüchteten in die Gewerkschaften aufnehmen, einen gemeinsamen Kampf für gemeinsame Rechte organisieren und Antirassismus innerhalb des Betriebes thematisieren!

Wer erfolgreich gegen Antirassismus aufstehen und kämpfen will, der muss Kämpfe verbinden. Nur zusammen mit den Geflüchteten, den Arbeitern und Arbeiterinnen, den Jugendlichen hier und international können uns wehren. Denn nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern wir Frankreich, Polen oder Ungarn ist ein Rechtsruck zu verzeichnen.

Und letztendlich: Wer erfolgreich gegen Antirassismus aufstehen und

kämpfen will, der muss den Rassismus an seiner Wurzel packen und seine Ursache aufzeigen: den Kapitalismus!

Ich hoffe sehr wir einen gemeinsamen Weg finden werden, wie wir gegen die aufkommende rassistische Bewegung kämpfen können und freue mich darauf, vielleicht einige von ihnen am 21. Und 22. Mai in Berlin zur Perspektivkonferenz von Jugend gegen Rassismus begrüßen zu können, wo wir unteranderem die Ergebnisse dieses Wochenendes auswerten werden!

Kassel: KAGIDA blockieren -Rassismus hat viele Gesichter

Kassel, Montag 1. Dezember 2014, 18.00 Uhr, Scheidemannplatz KAGIDA blockieren!

Aufruf von Neue antikapitalistische Organisation, Demokratische Kurdische Gesellschaft Zentrum Kassel e.V., Gruppe Arbeitermacht, Internationale Sozialistische Linke, REVOLUTION Kassel

KAGIDA blockieren!

Rassismus hat viele Gesichter ...

Manche sind klar zu erkennen, andere sind versteckt und kommen maskiert daher. So auch die sich neu formierende Gruppierung KAGIDA ("Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes"), die sich mit Unterstützung von HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) und PEGIDA (Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes) aus Dresden hier aufbauen will. Dresden, wo schon jeden Montag eine Demonstration durch die Innenstadt geht, um sich gegen die angebliche "Islamisierung" Deutschlands und "Glaubenskriege auf deutschem Boden" zu wehren. Unter dem Deckmantel einer friedlichen Bürgerbewegung marschiert dort schon

die Koalition aus Nazis, Rassisten, FußballanhängerInnen und konservativen BürgerInnen, und zwar mit erheblichem Zulauf von mittlerweile 6000.

Der IS Auslöser ...

Am Salafismus oder Islamischen Staat (IS) selbst wird von KAGIDA keine Kritik geübt, weder ein Wort darüber, welchen Nutzen die Schlächter noch vor kurzer Zeit für die Interessen westlicher Staaten, der Türkei und arabischer Ölmilliardäre hatten, Staaten, die erwiesenermaßen an der Wiege des IS Pate standen. Und natürlich auch nicht, wie wenig sich KADIGAs eigene faschistoide Ideologiefragmente von denen des IS unterscheiden. Und erst recht kein Wort darüber, wie herrschende Diskriminierung und Aussichtslosigkeit für die Lebensbedingungen junger Menschen ideale Voraussetzungen schaffen, aus denen der IS rekrutieren kann. Und auch kein Wort dazu, dass die einzigen Kräfte, die den IS von Beginn an real bekämpfen, die Selbstverteidigungskräfte in den autonomen kurdischen Kantonen Rojava und in Shengal sind und wir diese mit allen Mitteln unterstützen müssen. Nein, mit solchen Detailfragen gibt sich KAGIDA nicht ab. Sie nutzen den IS ausschließlich für als Erfüllungsgehilfen ihrer Prophezeiung.

Vor der Tat steht das Wort ...

Doch schauen wir uns die deutschen Verhältnisse doch mal VOR den prophezeiten Glaubenskriegen an. Allein in den ersten drei Quartalen 2014 gab es 33 registrierte Übergriffe mit Körperverletzung auf Flüchtlinge, davon einer mit Todesfolge. Dazu 86 registrierte Angriffe auf Flüchtlingswohnheime – mehr als in den Jahren 2012 und 2013 zusammen, davon 24 Brandanschläge und 31 Sachbeschädigungen. Die Eintragungen der Ereignisse lesen sich wie ein Tagebuch. Von der Dunkelziffer, der aus Angst vor rassistischem Behördentum nicht angezeigten Übergriffen, ganz zu schweigen. Allein 2014 gab es 210 Kundgebungen und Demonstrationen mit flüchtlingsfeindlichem Inhalt, die oft gemeinsam von NPD, rassistischen Bürgerinitiativen, der Partei "der 3. Weg", "Die Rechte", "Pro"- Parteien und sogenannten freien

Kameradschaften angemeldet wurden. Das heißt, rassistisch dominierte Bürgerinitiativen, Rechtspopulisten und gestandene Faschisten agieren hier längst Hand in Hand für "Frieden im Abendland". Unterstützt werden diese nun auch von den Kasseler Querfrontlern der sogenannten Montagsmahnwache, den Durchlauferhitzern der Bewegung.

Und der Staat schlägt zu ...

Ob bei der unbeschreiblichen Brutalität der Flüchtlingsabwehr im Verbund mit Frontex an den europäischen Außengrenzen, beim jedem Racial Profiling durch die Polizei, ob in den Amtsstuben der Ausländer- und Abschiebebehörden, bei der Räumung und Abschiebung von Sinti und Roma oder der Zerschlagung der Proteste der sogenannten Lampedusa Flüchtlinge in Hamburg, beim Umgang mit den Refugeeprotesten am Oranienplatz und der

Gerhard-Hauptmann-Schule in Berlin. Und auch beim Angriff auf unsere Demo gegen das PKK-Verbot am 21.11.14 hier in Kassel. Der Staat ist ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, zu diskriminieren, einzuschüchtern, zu kriminalisieren und dem rassistischen Mob die Handlungsanleitungen zu geben. Der Staat definiert, welchen Wert hier welches Menschenleben hat. Und während die Presse lauthals schwadroniert, dass die Kommunen durch die Flüchtlinge überlastet und deshalb in anderen Bereichen Kürzungen unvermeidbar sind, wird komplett unterschlagen, dass Sparhaushalte aufgrund von kapitalistischer Verschuldung und "Schuldenbremse" auch ohne Flüchtlinge längst existieren und gemeinhin Bestandteil von kapitalistischer Krisenverwaltung sind.

KAGIDA mit im Boot ...

KAGIDA hat damit kein Problem. Der Aufruf versucht an die aktuellen Debatten um den Islamischen Staat anzudocken, ohne jedoch im entferntesten auseinanderzusetzen, um was es dabei inhaltlich geht. Es dient einzig der Verbreitung rassistischer Ressentiments und der Mobilmachung gegen MigrantInnen und MuslimA. Im Wissen, dass der Staat hinter ihnen steht, fordern sie gar, auch die Einhaltung einheimischer Gebräuche und Sitten durch MigrantInnen staatlich zu kontrollieren. Wer

sich nicht nachweislich "deutsch" benimmt, gehört eben nicht hierher! Vom Elend des Faschismus ist für diese Gruppierung geistig aber dennoch etwas übrig geblieben: Dass er zu einem schrecklichen Krieg geführt hat, der das schöne Kassel in Schutt und Asche legte. Und schon im Folgesatz wird der Bezugsgrund klar, denn nun wird die Bombardierung Kassels als Beweis geführt, dass vor Krieg eben auch kein Mensch zu flüchten braucht. Das "Paradies" - so die Bezeichnung des Zustands in der BRD 2014 - in dem wir heute leben, haben KAGIDAs Großeltern, die stets opferbereit und heldenhaft im Lande geblieben sind, im kalten Winter aus den Bombenkratern geschaffen. Das sollen ihnen die Flüchtenden weltweit doch erst mal nachmachen, aber gefälligst da, wo sie herkommen. KAGIDAs Paradies, Deutschland und Europa soll jedenfalls nicht den Massen der Welt für deren Flucht und Bürgerkriegsimporte zur Verfügung stehen. So wird Nazideutschland und 2. Weltkrieg die Grundlage eines heroischen Paradiesaufbaus, den es gegen herbei halluzinierte Horrorszenarien wie "Glaubenskriege auf deutschem Boden", zu verteidigen gilt. Und das kommt alles in sich völlig schlüssig und zirkulär begründet daher.

Das Problem heißt Rassismus!

Er diente mit dem Antisemitismus den Faschisten als ideologisches Instrument die Vernichtung mehrerer Millionen Menschen zu organisieren und durchzuführen. Auch der Rest von KAGIDAs Aufruf erinnert an dumpfe völkische Zeiten. Da macht das Bild des Hakenkreuzes im Mülleimer leider keinen Eindruck. Also bekämpfen wir KADIGA, ganz konkret! Blockieren wir KAGIDA in Kassel! Von Beginn an!

Das Problem heißt aber auch, dass immer mehr Menschen, keine Antworten finden und linke Alternativen kaum wahrgenommen werden. Wo die Linke Schwächen zeigt, wo sie desorganisiert und/oder den Kapitalismus mitverwaltet, da schreitet die Rechte voran. Eine neue antikapitalistische Organisierung steht auf der Tagesordnung und muss den Kontrapunkt gegen nationalistische Demagogie setzen. Dies nicht als Teil des herrschenden Polit-

und Staatsapparates oder des Wahlapparates zur Förderung persönlicher Politkarrieren, sondern nur durch den Aufbau einer unabhängigen revolutionären

Organisation. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Kapitalismus, ohne Ausbeutung,

Ausgrenzung und Unterdrückung.

 Für ein Bleiberecht für alle Menschen! Für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten! Für deren Selbstorganisation! Für ihre

Anerkennung in den Gewerkschaften! Schluss mit der jetzigen Behördenpraxis, durch welche Geflüchtete schikaniert und kriminalisiert

werden! Schluss mit allen Abschiebungen! Weg mit jedem staatlichen Rassismus!

- Gegen mediale Hetze, Alltagsrassismus und Sozialchauvinismus! Und weg
 - mit dem Verbot der PKK! Für die volle politische Betätigungsfreiheit unserer Freundinnen und Freunde!
- Unterstützt Flüchtlinge, sich gegen jeden rassistischen Übergriff zu verteidigen! Bekämpft den Islamischen Staat, indem ihr den Widerstand in

Rojava unterstützt! Spendensammlung: Solidarität mit Rojava -Waffen

für die YPG/YPJ! (www.waffenfuerrojava.org)

 Dem Rassismus die Maske herunterreißen! Für grenzenlose Solidarität

statt begrenztem Horizont und Nationalismus! Es gibt kein Recht auf nationalistische Verblendung! Blockiert KAGIDA!

Wir rufen alle antifaschistischen, internationalistischen, antirassistischen, antikapitalistischen und solidarischen Menschen auf, am Montag dem 01.12.2014 um 18.00 Uhr zum Scheidemannplatz in Kassel zu

kommen und mit der Blockade von KAGIDA ein deutliches Zeichen gegen JEDE

Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Faschismus, Intoleranz und Dummheit zu setzen.

Achtet auf aktuelle Infos zur Mobilisierung und Protestaktionen:

https://www.facebook.com/REVOLUTION.KS?fref=ts

https://www.facebook.com/pages/Neue-antikapitalistische-Organisation-NaO-Kassel/425151077622579?fref=ts

Griechenland: Massenaktion gegen den Rassismus!



Genoss_innen aus Großbritannien und Österreich tragen ein Transparent mit der Aufschrift "Greece Solidarity 2012"

Am 24.8. fand in Athen eine Demonstration statt, um gegen die regelmäßigen rassistischen Übergriffe zu protestieren. Die Angriffe kommen sowohl von der faschistischen Partei Chrysi Avgi (goldene Morgenröte), als auch von der Polizei (laut Umfragen haben bei den letzten Wahlen über 50% der Polizist*innen Chrysi Avgi gewählt). Erst Anfang August wurden im Zuge der Aktion "Xenios Zeus" 6500 Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe verhaftet, auf Verdacht sie könnten illegale Einwanderer*innen sein. Von diesen 6500 Menschen sollen nun 1500 abgeschoben werden.

Laut Polizeiberichten fanden sich etwa 3000 Menschen auf dem Omounia Platz ein, um gegen Faschismus und Polizei zu demonstrieren. Wer dort war, weiß allerdings, dass die Zahl der Teilnehmer*innen in Wirklichkeit mehr als

3 mal so groß war.

Wir von REVOLUTION waren mit einer Solidaritätsdelegation aus England und Österreich auch auf der Demo. Damit waren wir eine der wenigen Organisationen, die an dem Tag auf der Straße waren. Bis auf Antarsya waren die anderen Arbeiter*innenparteien nicht oder nur als Einzelpersonen auf der Demonstration trotz ihrer Unterschrift unter dem Aufruf.

Der Großteil der Demonstrant*innen waren Migrant*innen aus Pakistan, Bangladesh und Indien, da deren Community über die Immigrant Workers Union zentral für die Organisierung des Protests verantwortlich waren. Es waren kaum Frauen auf der Demonstration, erst bei genauerem Hinsehen konnte man einige wenige in der Menge erkennen. Das liegt daran, dass ein Großteil der griechischen Migrant*innen Männer sind. Auf der Demonstration waren neben Frauen auch sehr wenige Griech*innen, diejenigen die anwesend waren, waren meistens von linken Organisationen, die die Demo unterstützten. Wir von REVOLUTION verteilten Flyer und Zeitungen, die uns förmlich aus den Händen gerissen wurden. Dies zeugt vom Hunger der griechischen Migrant*innen nach Antworten auf die rassistische Hetze und Gewalt die sie täglich erfahren. Auch wenn die Faschist*innen natürlich eine enorme Gefahr darstellen, haben die Migrant*innen mit denen wir über ihre Erfahrungen geredet haben, uns gesagt, dass die Diskriminierung und Terrorisierung durch die Polizei für sie das größere Problem darstellt.

Wir glauben, dass einer der wichtigsten Kernforderungen in diesem Fall das Organisieren von Selbstverteidigungseinheiten der Migrant*innencommunities gemeinsam mit linken Aktivist*innen und Vertreter*innen der Arbeiter*innenbewegung sein muss um Migrant*innen, Linke und Homosexuelle vor Übergriffen durch Polizei und Faschist*innen zu schützen. Diese Komitees sollten regional nach Bezirken und Stadtteilen organisiert sein, Nachtpatrouillen stellen und bewaffnet sein. Aus diesen Strukturen können sich Einheiten entwickeln, die Demonstrationen und Streiks der Arbeiter*innenbewegung schützen können und auch die Rolle einer Vorstruktur für Arbeiter*innenmilizen darstellen. Es ist offensichtlich, dass die griechische Linke dieser Aufgabe noch nicht gerecht wird.

Die Vertreter*innen der linken Organisationen (Syriza, Antarsya) mit denen wir uns unterhalten haben, geben meist nur den parlamentarischen Kampf gegen die Faschist*innen oder das Organisieren von Demonstrationen als Antwort, praktische Ansätze wie man die Gewalt gegenüber Migrant*innen aufhalten soll gibt es bei ihnen kaum.

Die Anarchist*innen von denen einige an der Demonstration beteiligt waren, liefern sich zwar ab und zu Kämpfe mit den Faschist*innen bei denen die Faschos meistens den Kürzeren ziehen, haben jedoch kein Konzept ihren Widerstand auf eine breite Massenbasis auszuweiten.

Die Demonstration an sich war sehr laut und kämpferisch, es gab keine Auseinandersetzungen mit der Polizei und generell war ein verhältnismäßig kleines Polizeiaufgebot anwesend. Nach der Abschlusskundgebung am Syntagma Platz verließen viele als Demonstrationszug die Kundgebung. Diese Demonstration war eine der größten antifaschistischen Mobilisierungen in Athen in den letzten Wochen.

Bericht der Solidaritätsdelegation von REVOLUTION in Athen

Internationaler Solidaritätsaufruf: Fight police violence, racism and poverty!

Das internationale REVOLUTION Sommercamp, dass momentan in London stattfindet, hat einen Aufruf für europaweite (und darüber hinaus gehende) Solidarität verfasst, den ihr unten finden könnt.

Wir bitten alle politischen Organisationen und Einzelpersonen diesen zu unterzeichnen, damit wir ihn in die britische Linke und Arbeiterbewegung tragen können, um ihnen gegen die bürgerliche Hetze den Rücken zu stärken!

Bitte meldet euch unter: **germany@onesolutionrevolution.de** mit Namen, Synonym oder dem Namen eurer Organisation/ Gruppe, wenn ihr unseren Aufurf Unterstützen wollt und stellt ihn auf eure Website, Facebookseiten etc. oder leitet ihn per Mail weiter!

The rioting on British streets over the last few days shows the devastating impact that racism and poverty, compounded by vicious spending cuts can have on working class communities.

Although it was the unjustice of the police that caused recent events, they are now attacking working class and migrant communities with mass arrest, extreme violence and criminalisation by the media.

Fascist organisations such as the English Defence League are using the situation to carry out racist attacks in the name of ,restoring order.'

As anti-racists and anti-fascists from across Europe, we stand in solidarity with working class and migrant communities suffering from this repression, and defend them against the attacks by racists and the police.

We call for actions of solidarity to take place in every country, and for an end to racism, repression and violence.

Unterstützer_innen: REVOLUTION - internationale kommunistische Jugendorganisation, Angie